Landtag
Nordrhein-Westfalen
17. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 17/824
20.11.2019

Innenausschuss

50. Sitzung (öffentlicher Teil)[1]

20. November 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:10 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung: **7**

– mündlicher Bericht der Landesregierung zu Einsätzen des LKA

1 Gesetz zur Änderung des Fachhochschulgesetzes öffentlicher Dienst und weiterer Gesetze **9**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7320

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/7918

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/7919

[1] nichtöffentlicher Teil mit Fortsetzung TOP 10 siehe nöAPr 17/192

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD gegen die Stimmen der Fraktion der SPD die Ablehnung des Änderungsantrags der SPD Drucksache 17/7918.

Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der AfD bei Enthaltung der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Änderungsantrags der Fraktionen der CDU und der FDP Drucksache 17/7919.

Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der AfD bei Enthaltung der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf Drucksache 17/7320 in der durch den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP Drucksache 17/7919 geänderten Fassung anzunehmen.

2 Sicherheitsdefizite für Flugpassagiere beseitigen – Landesregierung muss sich für die Bündelung aller Luftsicherheitsaufgaben in staatlicher Hand einsetzen 12

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/6258

Ausschussprotokoll 17/724 (Anhörung vom 12.09.2019)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

3 Bunt, bunter, Straßenblockaden! Die Landesregierung muss ein tragfähiges Handlungskonzept gegen Chaoshochzeiten vorlegen! 15

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/6262

Ausschussprotokoll 17/725 (Anhörung vom 12.09.2019)

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7920

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, den Änderungsantrag Drucksache 17/7920 abzulehnen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, den Antrag Drucksache 17/6262 abzulehnen.

4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (VSG NRW) 19

Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7747

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag Markus Wagners (AfD), eine Anhörung durchzuführen.

5 Effektive Kriminalprävention durch eine Stärkung der sozialraumorientierten Polizeiarbeit 20

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/7750

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag Verena Schäffers (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), eine Anhörung durchzuführen.

6 Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes in Nordrhein-Westfalen – Einführung einer paritätischen Aufstellung der Wahllisten mit Frauen und Männern 21

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/7753

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag, sich an der Anhörung pflichtig zu beteiligen, mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

7 Demonstration am 9. November 2019 in Bielefeld *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 1])* **22**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2735

– Wortbeiträge

8 Abschiebung von IS Angehörigen aus der Türkei nach Deutschland *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 1])* **25**

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

9 Kabelbinder-Attacken im Kölner Karneval *(Bericht beantragt von der Fraktion der AfD [s. Anlage 2])* **29**

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

10 Illegaler Einwanderer ohne Aufenthaltstitel und mit fünf Identitäten, der bereits einer früheren Brandstiftung verdächtigt wird, fährt schwarz, bespuckt, beleidigt und tritt Bundespolizisten *(Bericht beantragt von der Fraktion der AfD [s. Anlage 2])* **31**

– mündlicher Bericht der Landesregierung siehe nöAPr 17/192

* * *

1 Gesetz zur Änderung des Fachhochschulgesetzes öffentlicher Dienst und weiterer Gesetze

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7320

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/7918

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/7919

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Innenausschuss – federführend –, an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie an den Wissenschaftsausschuss am 18.09.2019; Zustimmung durch den WissA; HFA votiert nicht)

Verena Schäffer (GRÜNE) kündigt an, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde sich bei der Abstimmung über den Gesetzentwurf der Stimme enthalten. Zum Teil enthalte der Gesetzentwurf notwendige Änderungen, wie zum Beispiel die Umsetzung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Allerdings sei es falsch, dass in den Namen der FH das Wort „Polizei“ aufgenommen werden solle. Damit werde suggeriert, dass die Polizei eine Sonderrolle einnehme. Die Polizei sei aber Teil der öffentlichen Verwaltung, als die sie sich auch verstehen sollte. Aus ihrer Sicht sei es wichtig, dass dies auch durch den Namen deutlich werde. Deshalb gebe es keinen Grund, das Wort „Polizei“ in den Namen der FH aufzunehmen.

Ebenso sei es falsch, eine Entfristung vorzunehmen, weil mit einer Entfristung die Gefahr verbunden sei, dass ein möglicher Änderungs- oder Novellierungsbedarf auf die lange Bank geschoben werde. Nach ihrer Kenntnis sei das Gesetz zuletzt im Jahr 2004 geändert worden. Deshalb müsse betrachtet werden, ob auch in anderen Bereichen des Gesetzes Anpassungsbedarf bestehe. Daher habe sie Zweifel, ob es richtig sei, eine Entfristung vorzunehmen.

Ebenso habe sie Zweifel, ob es richtig sei, eine Umbenennung von Fachhochschule in Hochschule vorzunehmen. Eine Fachhochschule, die aufgrund der hohen Studierendenzahlen sehr stark ausgelastet sei, sollte eigentlich wichtigere Aufgaben haben, als den Akt einer Umbenennung durchzuführen.

Den Änderungsantrag der Fraktion der SPD werde die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ablehnen, weil die Fachhochschule für ganz Nordrhein-Westfalen zuständig

sei, eine dezentrale Struktur aufweise und insofern der Namenszusatz „Gelsenkirchen“ aus ihrer Sicht nicht sinnvoll sei.

Beim Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP werde sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Hartmut Ganzke (SPD) erläutert, der Änderungsantrag sei von der Fraktion der SPD eingebracht worden, weil sich diese die Frage gestellt habe, weshalb mit dem Gesetzentwurf die Worte „in Gelsenkirchen“ im Gesetz gestrichen werden sollen. Mit diesen beiden Worten sei zum Ausdruck gebracht worden, dass die größte Hochschule in Europa, die auch Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter ausbilde, ihren Sitz in Gelsenkirchen habe. Dabei habe es sich um eine Entscheidung der damaligen Landesregierung gehandelt, mit der klar zum Ausdruck gebracht werden sollte, dass diese Fachhochschule im nördlichen Ruhrgebiet ihren Sitz habe. Es wäre sicherlich unlogisch, wenn von der Fraktion der SPD gefordert würde, die beiden Worte „in Gelsenkirchen“ neu ins Gesetz aufzunehmen, sondern mit dem Änderungsantrag werde nur das Ziel verfolgt, an dem bisherigen Ist-Zustand festzuhalten. Deshalb werde beantragt, die bisher im Gesetz enthaltenen beiden Worte „in Gelsenkirchen“ im Gesetz zu belassen.

Dr. Christos Georg Katzidis (CDU) führt aus, die Fraktion der CDU werde natürlich dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP sowie dem Gesetzentwurf in entsprechend geänderter Fassung zustimmen. Es sei erfreulich, dass von den Grünen ebenfalls die Auffassung vertreten werde, die Worte „in Gelsenkirchen“ sollten gestrichen werden. Dies sei vor dem Hintergrund zu sehen, dass es dezentral sehr viele Standorte der derzeitigen Fachhochschule gebe. Der Zusatz „in Gelsenkirchen“ sei bereits in der Vergangenheit falsch gewesen, sodass die Fraktion der CDU den Änderungsantrag der Fraktion der SPD ablehnen werde.

> Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD gegen die Stimmen der Fraktion der SPD die Ablehnung des Änderungsantrags der SPD Drucksache 17/7918.

> Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der AfD bei Enthaltung der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Änderungsantrags der Fraktionen der CDU und der FDP Drucksache 17/7919.

Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der AfD bei Enthaltung der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf Drucksache 17/7320 in der durch den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP Drucksache 17/7919 geänderten Fassung anzunehmen.